

**Einzelplan 05**  
**Ministerium für Schule und Weiterbildung**

Hierzu gibt es die Beschlussempfehlung, die uns als Drucksache 14/8005 vorliegt, und die Änderungsanträge der Fraktionen mit den laufenden Nummern 59 bis 71 des Neudrucks der Tischvorlage.

Ich rufe auf:

**Teilbereich**  
**Schule**

Ich eröffne die Beratung und gebe Frau Schäfer für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**Ute Schäfer** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste! Wir erinnern uns: Vor der Landtagswahl 2005 wurde die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers nicht müde, den Menschen in Nordrhein-Westfalen kleinere Klassen zu versprechen. Nach drei Jahren und acht Monaten in Regierungsverantwortung hat dieses Versprechen des Ministerpräsidenten gestern in der Fragestunde zwischen 15 und 16 Uhr völlig unerwartet ein trauriges Schicksal ereilt. Die Schulministerin hat dieses zentrale Wahlversprechen des Ministerpräsidenten, nämlich bis 2010 kleinere Klassen einzurichten, schlicht einkassiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auf Nachfrage räumte sie dieses auch unumwunden ein. Dieser eindeutige Wortbruch der Landesregierung ist damit im Protokoll der Plenarsitzung für jeden nachlesbar und damit ak-

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

tenkundig. Am Anfang stand das Wort und am Ende der Wortbruch. Das ist die traurige Bilanz des gestrigen Tages für die Schulen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Wir erinnern uns: „Keine Experimente auf dem Rücken der Kinder!“ So lautete das Credo des Ministerpräsidenten für die Bildungspolitik. Nach drei Jahren und acht Monaten Ihrer Regierungsverantwortung macht sich Ernüchterung breit. Die Stimmung in den Schulen und in den Elternhäusern in Nordrhein-Westfalen ist so schlecht, wie wir es in 39 Jahren nicht erlebt haben.

(Beifall von der SPD – Lachen und Widerspruch von der CDU)

– Herr Kaiser, Herr Recker, hören Sie einmal zu; es ist ja schön, dass ich Sie jetzt geweckt habe. – Allein das letzte Jahr brachte uns eine unglaubliche Serie von Pleiten, Pech und Pannen. Ich erinnere an das peinliche Pannenabitur mit dem „Oktaeder des Grauens“,

(Zuruf von der CDU)

für das Sie jetzt auch noch eine Pannenversicherung beim Institut für Schulentwicklung in Dortmund abgeschlossen haben, die den Steuerzahler in den nächsten zwei Jahren eine Million € kosten wird.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Diese teure Absicht ist sehr durchschaubar: Sie wollen sich als verantwortliche Landesregierung beim nächsten Abitur vorsorglich aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall von der SPD)

Ich frage Sie: Warum nehmen Sie diese eine Million € eigentlich nicht und geben sie den Obdachlosenzentren?

(Beifall von der SPD)

Sie spielen sich auf und sprechen sich gegen soziale Kälte aus, aber wenn es darauf ankommt, stehlen Sie sich überall aus der Verantwortung!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich erinnere an das Kopfnotenchaos, bei dem, Herr Lindner, um die Anzahl der Noten zwischen Ihrer Fraktion und der CDU-Fraktion wie auf einem orientalischen Basar gefeilscht wurde.

Offensichtlich ist die Vergabe dieser Noten so aufwendig, dass Sie sich im letzten Jahr per Weihnachtserlass entschieden haben, den Schulen dafür zwei unterrichtsfreie Tage zu genehmigen. Zwei unterrichtsfreie Tage bedeuten allerdings gleichzeitig eine Million Stunden Unterrichtsausfall und übrigens auch einen dicken Koalitionskrach zwischen FDP und CDU.

Ich erinnere an die Unzufriedenheit und die Empörung der Eltern der Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien nach der Einführung Ihres Turboabiturs. Die Schulzeitverkürzung ist fast ausschließlich in der Sekundarstufe I umgesetzt worden, und damit ist eine unzumutbare Unterrichtsverdichtung in den unteren Klassen die Folge - ohne passende Bücher und ohne angepasste Lehrpläne.

(Zuruf von der CDU)

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

Wie formulierte unser Ministerpräsident? „Keine Experimente auf dem Rücken der Kinder!“ – Er hatte die Rechnung wohl ohne Frau Sommer gemacht.

(Beifall von der SPD)

Der Groll der Eltern nahm zu, und die Schulministerin kam auf die Idee, am Samstag wieder unterrichten zu lassen. Ein Sturm der Entrüstung gipfelte zu Recht in dem Slogan „Ganztag statt Samstag“ und brachte damit die gesamte Landesregierung unter Druck.

Was wir dann in NRW beobachten konnten, gleicht einem bekannten Muster: Diese Landesregierung lässt die Kommunen bei der Ausstattung des Ganztages an weiterführenden Schulen im Regen stehen. Aus der Not geboren stellen Sie nach massivem Druck ein Mini-investitionsprogramm für den Ganztag an Realschulen und Gymnasien auf. Die Kommunen müssen ernüchert feststellen, dass man, wenn man 100.000 € Landesmittel haben möchte, gleichzeitig selbst 100.000 € kommunales Geld zur Verfügung stellen muss.

(Zuruf von der CDU)

Fifty-fifty-Förderung! 90 : 10 ist die übliche Förderung.

(Zuruf von der CDU)

In dieses weitere Jahr Ihrer verkorksten Bildungspolitik

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

passt dann auch die eigens von der CDU in Auftrag gegebene Umfrage, Frau Pieper-von Heiden, die die größten Probleme der Schulen in Nordrhein-Westfalen offenlegt: Zu wenige Lehrer, sagen 84 %. Zu viel Stundenausfall, sagen 73 %. Zu große Klassen, sagen 70 %. Das ist Ihre eigene Umfrage.

Zu dem Zeitpunkt, als Sie Ihre eigene Umfrage gemacht haben – im Jahr 2008 –, hatten Sie angeblich bereits 3.500 Lehrer gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung eingestellt. Nur, in den Schulen kommen diese Lehrer offensichtlich gar nicht an.

(Zuruf von der CDU)

Den Beweis dafür präsentierte die Landesregierung letztes Jahr selbst mit einer Unterrichtsausfallstatistik. Sie sollte belegen, dass der Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen halbiert worden sei. Eine Stichprobe wurde für alle Schulen hochgerechnet.

Diese Statistik hatte aber einen bemerkenswerten Schönheitsfehler. Sie legte gleichermaßen dar, dass die von der Landesregierung immer wieder vorgegaukelte Lehrerstellenversorgung von im Schnitt 104 % für die Schulen nur auf dem Papier Bestand hatte. In der Realität waren im Februar 2008 an den Schulen nur ca. 100 % angekommen.

(Zuruf von der CDU: Und früher? – Weitere Zurufe von der CDU)

Dies wiederum hochgerechnet bedeutet: 5.800 Lehrerstellen existieren nur auf dem Papier! Der virtuelle Lehrer war enttarnt.

(Zuruf von der CDU: Wie war es denn früher? – Weitere Zurufe von der CDU)

Die Landesregierung versucht zwar, mit einer abenteuerlichen Argumentationsakrobatik den Nachweis anzutreten, dass die 2 % Unterrichtsausfall, die mit derselben Untersuchung an

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

denselben Schulen gemessen wurden, repräsentativ sind, die Zahl der offenen Stellen aber offensichtlich nicht.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Frau Schäfer, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock.

**Ute Schäfer (SPD):** Ich möchte gerne meine Rede zu Ende vortragen; danach dürfen Sie zwischenfragen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das ist aber schade!)

– Sie kommen später noch zu Ihrer Frage, Herr Ellerbrock.

Ein gründlicher Blick in den Haushaltsentwurf 2009 untermauert diese Trickserei. Es gibt eine strukturelle Lücke zwischen Ankündigung und Realität. Auf Seite 338 des Erläuterungsbandes zum Einzelplan 05 – vielleicht haben Sie alle mal reingeschaut – schreibt die Landesregierung vollmundig: „Die Lehrerversorgung war im Schuljahr 2007/2008 gesichert. Über alle Schulformen ... betrug der Deckungsgrad ... 103,8 %.“

Wir erinnern uns: Die Statistik zum Unterrichtsausfall hatte 100 % ergeben. Warum, das können wir genau auf dieser Seite 338 nachlesen. Sie benötigen nämlich nur zwei Absätze auf dieser Seite im Erläuterungsband, um sich selber in der Frage der Bedarfsdeckungsquote von 103,8 % zu widerlegen. Sie legen auf dieser Seite dar, dass aufgrund der sogenannten Kienbaum-Lücke immer noch 4.300 Stellen im System fehlen.

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD])

Das steht auf derselben Seite. Wie kommentieren Sie diesen Widerspruch, Frau Sommer? Ich will an dieser Stelle nichts verschleiern und verschweigen, sondern deutlich machen, dass die Kienbaum-Lücke von Ihnen als Altlast vorgefunden wurde. Allerdings haben wir in dem letzten Haushaltsplan, den wir zu verantworten hatten, dieses ganz klar dokumentiert und keine heile Welt der Unterrichtsversorgung vorgegaukelt.

(Beifall von der SPD)

Uns war an Transparenz und Ehrlichkeit gelegen - als wichtigstem Kriterium für das Parlament bei der Beratung.

Doch die nächste strukturelle Lücke kommt gleich hinterher. Die Zuweisung der Lehrerstellen erfolgt nach Klassengröße. Für die Grundschule und die Hauptschule sind das 24 Schülerinnen und Schüler. Geregelt ist dies in einer Verordnung zur Ausführung von § 93 Abs. 2 des Schulgesetzes. In Ihrer eigenen Statistik zum Schuljahr 2007/2008 stellt das Schulministerium fest, dass im Schnitt in der Grundschule 23,4 und in der Hauptschule 21,9 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse sind. Wenn die Lehrerzuweisung dann aber anhand der Klassengröße 24 vorgenommen wird, wie Sie es tun, fehlen diesen Schulen in logischer Konsequenz Lehrerinnen und Lehrer, und zwar nicht zu knapp.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nach meinen Schätzungen macht das ca. 2.000 Lehrerstellen aus, die aufgrund dieser Berechnungsgrundlage in Ihrem Haushaltsplan fehlen, um die Grundversorgung der einzelnen Klassen abzusichern.

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

Frau Sommer, können Sie diese Differenz zwischen Zuweisung und Berechnung bitte gleich aufklären? Das würde mich wirklich sehr interessieren. Den rund 6.915 Stellen, die Sie im Haushaltsplan als neu geschaffene Lehrerinnen- und Lehrerstellen ausweisen und die auf dem Papier stehen, stehen nach meinen Ausführungen 6.300 Lehrerstellen gegenüber, die den Schulen strukturell fehlen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Luftblasen!)

Ihr Wahlversprechen, den Unterrichtsausfall mit 4.000 zusätzlichen Stellen zu bekämpfen, löst sich in Luft auf –

(Beifall von der SPD – Hannelore Kraft [SPD]: Ja!)

auch das Versprechen an die Weiterbildungslandschaft. Denn vor der Wahl haben Sie gesagt, Sie wollen die Mittel erhöhen. Nach der Wahl haben Sie kalt lächelnd 13,5 Millionen € gestrichen. Unserem Antrag, 8 Millionen € aufzustocken, haben Sie nicht entsprochen. So begreifen Sie Regierungsverantwortung. Ich sage: Das ist Regierungsunverantwortung.

(Beifall von der SPD – Hannelore Kraft [SPD]: Genau!)

„Versprochen – gebrochen“ ist ein Markenzeichen Ihrer Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Getrickst und getäuscht haben Sie mit der Vorlage dieses Einzelplans 05. Ihr Haushalt ist aus meiner Sicht ein Produkt für das Phantasialand. Ihre Versprechen sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

